

BÜRGERPROGRAMM
STADT
MANNHEIM



BÜRGERFORUM MANNHEIM

BÜRGERFORUM 2011 – MITMACHEN STATT ABWARTEN!

| | |
|--|----|
| Das BürgerForum 2011 – Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen. | 04 |
| Der Weg zum BürgerForum | 06 |
| So funktioniert die Online-Plattform | 08 |
| Wie können wir den gesellschaftlichen Zusammenhang in Deutschland fördern? | 10 |
| Vorschlag Ausschuss Solidarität und Gerechtigkeit | 12 |
| Vorschlag Ausschuss Demokratie und Beteiligung | 14 |
| Vorschlag Ausschuss Familiäre Lebensformen | 16 |
| Vorschlag Ausschuss Integration | 18 |
| Vorschlag Ausschuss Bildung | 20 |
| Vorschlag Ausschuss Demografie | 22 |

Impressum

 Eine Initiative des Bundespräsidenten mit:

 Bertelsmann Stiftung  Heinz Nixdorf Stiftung

© BürgerForum 2011
c/o Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256 · 33311 Gütersloh
www.buergerforum2011.de

Verantwortlich:
Dr. Robert B. Vehrkamp · Dr. Dominik Hierlemann
Anna Wohlfarth · Lars Thies
Redaktion: Pia-Annabelle Wischnat

Gestaltung und Lektorat:
SCHMITZ WG Corporate Communication GmbH · www.schmitz-wg.com

Fotos: Maja Metz (Titel), Reinhard Feldrapp (S. 3), Rafael Herlich (S. 11)
Andreas Henn (S. 6, 13, 15, 17, 19, 21, 23)

Wir bitten um Verständnis, dass in der Regel auf die explizite Nennung
der weiblichen Sprachform verzichtet wurde. Frauen und Männer sind
immer gleichermaßen gemeint.



Bundespräsident Christian Wulff eröffnete das BürgerForum 2011 mit einer Rede in Naila im Landkreis Hof. Die Rede wurde live in die anderen 24 Regionen übertragen.

DAS BÜRGERFORUM 2011 – ZUKUNFT BRAUCHT ZUSAMMENHALT. VIELFALT SCHAFT CHANCEN.

Das BürgerForum 2011 ist eine Initiative des Bundespräsidenten Christian Wulff mit der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung. In 25 Städten und Landkreisen in Deutschland wurden jeweils 400 nach einem Zufallsverfahren ausgewählte Bürger eingeladen mitzudenken. Bundesweit beteiligten sich so 10.000 Bürger an der Diskussion.

Die Kluft zwischen Wählern und Gewählten hat sich vergrößert. Deshalb ist es wichtig, Brücken zwischen den Bürgern und den politisch Verantwortlichen zu schlagen und ein gemeinsames, verantwortliches Handeln zu initiieren. Auch die Gesellschaft treibt heute an vielen Stellen auseinander: Davon zeugt der Gegensatz zwischen Jung und Alt, die Kluft zwischen Arm und Reich, die unzureichende Integration von Migranten. Wie wollen die Menschen in Deutschland vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen künftig zusammenleben?

Unter der Überschrift „Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen.“ haben die Teilnehmer zu dieser Frage in sechs thematischen Ausschüssen gearbeitet (siehe Abbildungen unten).

Das Ergebnis des BürgerForums 2011 sind 25 regionale BürgerProgramme, mit jeweils einem konkreten Vorschlag zu jedem Ausschussthema. Alle Teilnehmer

Forum 2011 eingeladen. Über 160 Städte und Landkreise hatten sich beworben. Aus allen Bewerbungen wurden schließlich per Losverfahren 25 Regionen ausgewählt. Die Stadt Mannheim war dabei!

So wurden die Teilnehmer ausgewählt

Für jeden Teilnehmer begann das BürgerForum mit einem Anruf. Die 400 Bürger aus Mannheim wurden durch eine zufällige Stichprobe aus dem Telefonregister ausgewählt und zum BürgerForum eingeladen. Ziel der Zufallsauswahl war, dass die Teilnehmer die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und dass eine möglichst große Zahl an unterschiedlichen Meinungen und Erfahrungen in die Diskussion und in die Vorschläge einfließt.

So wurde die Stadt Mannheim Teil des BürgerForums

Im Herbst 2010 wurden alle Landkreise in Deutschland, alle kreisfreien Städte und alle Städte mit mehr als 80.000 Einwohnern zur Mitwirkung am Bürger-



Solidarität und Gerechtigkeit



Demokratie und Beteiligung



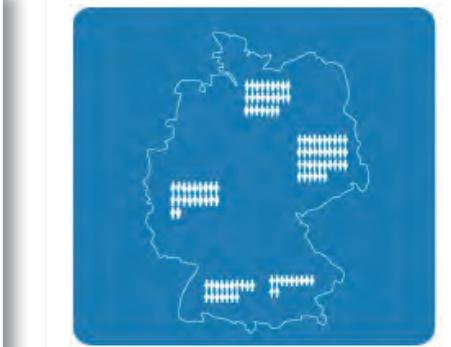
Familiäre Lebensformen



Integration



Bildung



Demografie



DER WEG ZUM BÜRGERPROGRAMM

Meistens treffen sich Menschen entweder auf politischen Veranstaltungen oder sie diskutieren im Internet, häufig ohne einander zu kennen. Die Besonderheit des BürgerForums ist es, beides miteinander zu verbinden: Das BürgerProgramm ist ein Ergebnis, das von den Teilnehmern sowohl auf Veranstaltungen als auch online erarbeitet wurde.

Auftakt

Begonnen haben die Teilnehmer des BürgerForums mit der Arbeit auf einer

Auftaktveranstaltung am 12. März 2011. Alle sechs Ausschüsse eines regionalen BürgerForums kamen hier jeweils zusammen. Die Mitglieder eines Ausschusses hatten die Gelegenheit, sich persönlich kennenzulernen und einen ganzen Tag lang intensiv zu arbeiten. In Diskussionen und Abstimmungen in kleinen Runden traf jeder Ausschuss erste inhaltliche Festlegungen für das BürgerProgramm. Unter dem Titel „Herausforderung“ haben die Teilnehmer das jeweils größte gesellschaftliche Problem oder die wichtigste Entwick-

lung in ihrem Ausschussthema identifiziert und gemeinsam in wenigen Sätzen festgehalten.

In einem zweiten Schritt haben sie stichpunktartig erste Vorschläge formuliert, wie der Herausforderung begegnet werden kann.

Zeitgleich nahmen die Teilnehmer des BürgerForums 2011 in allen Regionen die Arbeit auf. Mit einer Rede in Naila im Landkreis Hof, die in alle anderen Regionen übertragen wurde, eröffnete Bundespräsident Christian Wulff das BürgerForum.

Online-Diskussion

Die Ergebnisse des Auftakts nahmen die Teilnehmer mit in die Online-Diskussion. Innerhalb von zwei Wochen haben sie die einzelnen Vorschläge weiter ausgearbeitet und schließlich per Abstimmung in jedem Ausschuss den überzeugendsten Vorschlag ausgewählt. In den folgenden drei Wochen der Online-Diskussion wurde an dem ausgewählten Vorschlag weitergearbeitet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Details des Vorschlags sowie seine Vor- und Nachteile diskutiert und schließlich den Text formuliert, wie er hier im BürgerProgramm zu lesen ist. Vier sogenannte Online-Moderatoren haben in dieser Zeit darauf geachtet, dass die Diskussion fair und sachlich verläuft.

BürgerRedakteure schreiben die Texte

Wie konnten 60 oder 70 Menschen in jedem Ausschuss an einem gemeinsamen Text schreiben? Die Antwort ist: Nicht jeder arbeite selbst am Text. Das Formulieren des Vorschlags übernahmen sogenannte BürgerRedakteure. Sie waren selbst auch Teilnehmer des BürgerForums, hatten aber eine besondere Rolle übernommen. Pro Ausschuss gab es zwei BürgerRedakteure mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe: Alle Mitglieder eines Ausschusses konnten Kommentare, Änderungen und Ergänzungen zu einem Vorschlag und zu einzelnen Textabschnitten machen. Die Bürger-Redakteure haben dann aus diesen Kommentaren und Anmerkungen die zusammenhängenden Texte für das BürgerProgramm formuliert.

Der Tag des BürgerForums

Auf einer zweiten Veranstaltung am 14. Mai in allen 25 Regionen wurden die Ergebnisse in Form des vorliegenden BürgerProgramms der Öffentlichkeit vorgestellt und mit Vertretern von Politik und Gesellschaft diskutiert.

SO FUNKTIONIERT DIE ONLINE-PLATTFORM

Die Online-Plattform des BürgerForums ist der zentrale Arbeitsbereich des BürgerForums. Hier arbeiten 10.000 Teilnehmer gemeinsam an 25 regionalen BürgerProgrammen und an einem bundesweiten BürgerProgramm. Die Teilnehmer jedes der 25 regionalen BürgerForen diskutieren zunächst auf einer eigenen Plattform unter sich. Für die Wahl der Vorschläge in das bundesweite BürgerProgramm werden die 25 einzelnen Plattformen miteinander vernetzt. Die Online-Plattform wurde eigens für das Projekt entwickelt und enthält eine Reihe von Funktionen, die den Teilnehmern ermöglicht, online zu diskutieren und gemeinsam an konkreten Texten zu arbeiten.

Gesicht zeigen

Bei der Auftaktveranstaltung hatten sich viele Teilnehmer bereits kennengelernt und auch online sollten sie sich, anders

als bei vielen anderen politischen Diskussionen im Internet, nicht anonym austauschen. So stehen die Teilnehmer des BürgerForums mit ihrem Namen und einem Foto zu ihren Diskussionsbeiträgen. Eine persönliche Nachrichtenfunktion ermöglicht den Austausch untereinander auch abseits der inhaltlichen Diskussion.

Kommentare und Anmerkungen

Die Arbeit an den gemeinsamen Texten verläuft nicht in der offenen Struktur eines Internet-Forums, in dem alle Beiträge untereinander erscheinen. Direkt am Text arbeiten nur die BürgerRedakteure. Die anderen Teilnehmer schreiben Kommentare und Anmerkungen dazu, die sich direkt auf eine bestimmte Textpassage beziehen. Auf den ersten Blick ungewohnt, ermöglicht diese Struktur, dass viele Menschen gleichzeitig an einem Text arbeiten. Wurde ein Kommentar

durch den BürgerRedakteur eingearbeitet, kann er ihn auf „erledigt“ setzen. Damit der Prozess transparent verläuft, bleibt der Kommentar aber weiterhin einsehbar.

Aufgabenbereich

Den Überblick über die Geschehnisse auf der Plattform behalten die Teilnehmer in ihrem persönlichen Aufgabenbereich. Hier erfahren sie Schritt für Schritt, wie die Diskussion sich entwickelt, in welcher Form sie mitwirken können und ob sie eine persönliche Nachricht in ihrem Postfach auf der Plattform erhalten haben.

Informationen

Im Bereich „Information“ werden regelmäßig aktuelle Artikel zum BürgerForum 2011 eingestellt, zum Beispiel Ankündigungen für Veranstaltungen, Erklärun-

gen zu der Online-Plattform und einiges mehr. Sowohl die Teilnehmer als auch interessierte Gäste können sich in diesem Bereich über den Fortgang des BürgerForums auf dem Laufenden halten.

Moderation

Damit die Online-Diskussion fair und sachlich bleibt, braucht es eine Moderation. Für das BürgerForum 2011 wird diese Funktion von eigens dafür geschulten Online-Moderatoren übernommen. Die meisten von ihnen waren bereits bei einem früheren BürgerForum als Teilnehmer dabei. Gegenüber dem Inhalt verhalten sich die Online-Moderatoren neutral – sie bewerten die Ideen und Vorschläge nicht, sondern achten nur darauf, dass eine ausgewogene Diskussion entstehen kann.

Aktuelle Informationen aus dem BürgerForum

Kommentare und Anmerkungen zum Text des BürgerProgramms

WIE KÖNNEN WIR DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT IN DEUTSCHLAND FÖRDERN?

Mit dieser Frage haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des BürgerForums Mannheim beschäftigt. Auf Veranstaltungen und in einer mehrwöchigen Online-Diskussion haben sie Vorschläge für Politik und Gesellschaft erarbeitet. Die Ergebnisse ihrer Diskussion finden Sie auf den folgenden Seiten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer des BürgerForums in Mannheim sind:

Christine Abraham | Sabine Adam | Boris Adler | Egon Aepfelbach | Mridul Agrawal | Ibrahim Ahmad | Lamies Al Akedy | Adolf Albuzat | Cornelia Alexander | Ellen Amberger | Anita Amponsen | Pangnanoung Anthony | Cornlia Appel | Jens Assenheimer | Stefan Auer | Yvonne Aumüller | Thomas Baier | Melanie Bantow | Eliana Barahona | Angelika Bauer | Ortwin Bauer | Kerstin Baues | Edgar Baumeister | David Baumgart | Andreas Baumüller | Dario Becci | Antje Becher | Rainer Becker | Gerlinde Becker | Hubert Bender | Jürgen Bender | Wolfgang Bendler | Jutta Benning | Max Berg | Monika Berg | Susanne Berkel | Annette Bernhard | Armin Bertsch | Peter Biedermann | Peter Birkenbeil | Detlev Birnbaum | Angela Blume | Uwe Blümller | Dirk-Walter Böhm | Ingrid Bohnert | Andrea Bohnert | Petra Boppel | Edith Brune | Edeltraut Bürkle | Barbara Cabus | Doris Capone | Maria-Grazia Chiaro | Wolfgang Claassen | Nadja Covic | Claudia Cymutta | Helga Daur | Tetyana Davydenko | Franz Deitering | Wolfgang Denu | Doris Dezius-Hess | Ursula Diebel | Christel Dinkel | Jochen Doll | Stephan Dörr | Heike Dorsey | Nora Dreier | Sieglinde Duda | Stefan Dürr | Ilse Eberhart | Florian Ederle | Ingrid Ehlen | Dominik Eigenstetter | Jennifer Eisele | Hasan Elagra | Elke Elfring | Elisabeth Endres | Mehmet Erdogan | Steffi Escher | Sievers Eva | Bernhard Falkenstein | Gabriele Feige | Frederike Felcht | Annemarie Fels | Hans-Jürgen Fischer | Natalia Fontagnier | Günter Fosdag | Adelgunde Freisinger | Thomas Freundl | Michael Fromm | Verena Fuchslocher | Ruslan Fursa | Dennis Gebhardt | Melanie Genc | Manfred Gent | Irmgard Gerber | Vita Gerhardt | Michael Gericke | Tabea Gernoth-Laber | Barbara Gerweck | Helga Geyer | Heide Gieseke | Wolfgang Gladrow | Margarethe Gogollok-Jung | Matthias Göttlich | Christoph Graf | Siegfried Emil Graumann | Margarete Grundmann | Ute Günther | Rosemarie Gutknecht | Jutta Hagen | Werner Hahl | Beate Haller | Heike Hänsler | Silke Hartung | Adil Hassoni | Alexander Häusler | Birgit Häussler | Dieter Heide | Margit Hellinger-Schneider | Jessica Hengsteler | Jörg Henning | David Hergesell | Manfred Hetzel | Siglinde Hibschenberger | Hellmuth Hilsheimer | Rainer Hoffmann | Silvia Hoffmann | Milorad Hofmann | Hans Horst | Petra Huber | Bernhard Hübner | Dschafar Hussein Baqher | Berthold Ilk | Karl Immisch | Brigitte Iskender | Brunhilde Jackl | Susanne Jentschura | Walter Joachimiak | Dorothe John | Bernhard John | Karlheinz Jordan | Daniela Jünger | Susanne Kaeppele | Ursula Kaißling | Uwe Kaliske | Ester Karaminejad | Imad Karim | Matthias Katzenmeier | Inken Keim | Manfred Kempf | Wolfgang Kerbs | Christine Kern | Marco Keßler | Bernd Kilchling | Stefano Kilthau | Suphi Kindik | Sabrina Kirsch | Margot Kirsch | Harald Kirstaetter | Daniela Kleber | Ronald Kleber | Günter Klee | Erich Kleiner | Martin Klett | Siegfried Knoblauch | Mathias Kohler | Joachim Köhler | Joachim Kohr | Herbert Kolb | Jennifer Koldevitz | Martina Kopf | Wolfgang Korn | Evi Korta-Petry | Andreas Köstler | Katja Kotelenz | Ulrich Krackhardt | Heinz Kraft | Klaudia Krause | Ute Krautheimer | Inge Kremer | Lukas Kremer | Andreas Kreuzer | Bernd Kriebel | Marek Krieger | Hagen Kubicki | Dirk Kuchenbuch | Monika Kunisch | Barbara Kupke-Maurer | Lena Kurzenkabe | Andrea E. Kussi | Laura Lackhoff | Wolfgang Lange | Anita Langer | Christian Lassen | Heike Lauerwald-Günter | Meike Leipprand | Günter Leischner | Christof Lentz | Lucyna Leonhard | Uwe Leuck | Herbert Leuck | Marina Leyser | Volker Licht | Theresia Liebrechts | Ralf Lindenbach | Sabine Linder | Jutta Lindner | Sonja Lingelbach | Petra Liu | Simone Lomitschka | Günter Lott | Julia Lück | Eva Luebke | Isabel Maasjost | Frank Maaß | Birgit Maaßen-Rux | Hildegard Machat | Wilken Mampel | Chrysostomos Manoukas | Wolfgang Mantel | Ruth Marienhoff | Klaus Matussik | Hans Maurer | Sascha Meier | Daniela Meiers | Jürgen Meister | Frederik Meßmer | Brigitte Metzler | Wolfgang Meyer | Helga Mildenberger | Carmen Mlytz | Beate Mochayedi-Bergdolt | Ute Mocke | Bernd Mohr | Claudia Möller | Dagmar Mönch | Andreas Müller | Tarmo Müller | Ulrich Müller | Edith Münch | Martina Muschelknautz | Vera N. | Heide Neubach | Michael Neubauer | Dirk Neuber | Michaela Neuhäuser | Sarah Nick-Toma | Gerhard Nießner | Nina Nikolic | Andreas Noll | Christoph



Ohlinger | Kurt Oruc | Michael Ott | Wolfgang Ottinger | Zinovia Pantazidou | Andreas Parmentier | Gabriele Patti | Funda Paz | Eckhard Peppel | Sabine Peters | Helmuth Pfaffhausen | Alexander Pfeiffer | Stefan Pfluger | Ralf Philipp | Janus Pisz | Martina Plechinger | Roland Pott | Dirk Pottharst | Kata Prgic | Susanne Quincke | Robin Radtke | Günther Rauh | Rolf Rebe | Uschi Reglein | Daniel Regending | Wolfgang Reh | Stefan Reiser | Evelyn Reres | Gertrud Rettenmaier | Carla Riar | Sabine Rieder | Susanne Riedling | Bettina Riehle | Gertrud Riemann | Markus Rink | Ralph Rischmüller | Sabine Ritz | Dorit Rode | Denis Roeschner | Dieter Rohde | Helma Ronke | Brigitte Roos | Monika Roos | Irmgard Rother | Wolfgang Rudolf | Thomas Rudolph | Niclas Rüffer | Andra Rupietta | Kerstin Ruppenthal | Ursula Saalmüller | Bettina Säcker | Hans Georg Sandmann | Bronwen Saunders | Marcus Schäfer | Maike Schatz | Marion Schatz | Fritz Schenkel | Stefanie Scherzinger | Hartmut Scheurich | Ria Schiel | Hans-Joachim Schilling | Andre Schleichert | Doris Schmidt | Christa Schmidt | Sabine Schmitt | Norbert Schmitter | Rolf Schneider | Sabine Schneider | Daniel Schneider | Thomas Schönfelder | Jochen Schott | Wilfried Schrade | Volker Schröder | Hans-Joachim Schröder | Harald Schubert | Florian Schulze | Bettina Schurse | Andrea Schütz | Michael Schwartzkopff | Magdalena Schwarz | Max Schwarze | Gabi Schweigert | Krista Sebastian | Renate Seeber | Christine Seikel | Ilse Seiler | Michael Seitz | Martin Seletzky | Gudrun Seltmann | Birgit Sempert | Nayla Shazi | Andreas Sieniatowicz | Nebojsa Skocajic | Horst Sommer | Semira Soraya - Kandan | Dieter Sötebier | Bettina Spies | Ralf Spietzack | Doris Stalp-Kotulla | Wolfgang Steinmann | Martina Stöbe | Manfred Stocker | Markus Storch | Wolfgang Strauß | Ingo Syllwasschy | Dörfler Szerdenke | Daniel Temming | Marco Tews | Andreas Theilacker | Heiko Theis | Tim Theis | Horst Thibaut | Petra Tilg | Oliver Tondorf | Karin Toth | Laura Triassi | Klaus Tröster | Norbert Übelhör | Uenal | Angelika Uzarske | Alice Van Scoter | Heike Vester | Beatrice Vittinghoff | Wolfgang Vogt | Werner Vogt | Ursula Vogt-Jacob | Caroline von der Decken | Anja von Vacano | Natalija Wagensommer | Markus Wahlig | Johannes Walter | Uwe Wehrspohn | Steffen Weick | Heide Weizel | Bernhard Welker | Mathias Wendel | Anne Wenisch | Christian Helmut Wetzel | Fabian Widder | Horst Wieglepp | Fred Wieme | Kai Wieters | Claudia Wilbert | Steffan Winschinsky | Ulrich Winter | Christina Wittern | Christoph Wittmann | Jörg Woida | Roman Wolf | Karl-Heinz Wostrock | Jasna Zagorc | Christian Zauber | Zdzalik Zbigniew | Ante Zejkovic | Natalie Zifonun-Kopp | Angelika Dorothea Zilles | Anastasia Zimmermann | Erich Ziob | Marcus Zippel | Joachim Zipperer | Dieter Zischeck | Annette Zobel | Douglas Zöller | Alex Zudsewitsch

EIN DANKESCHÖN

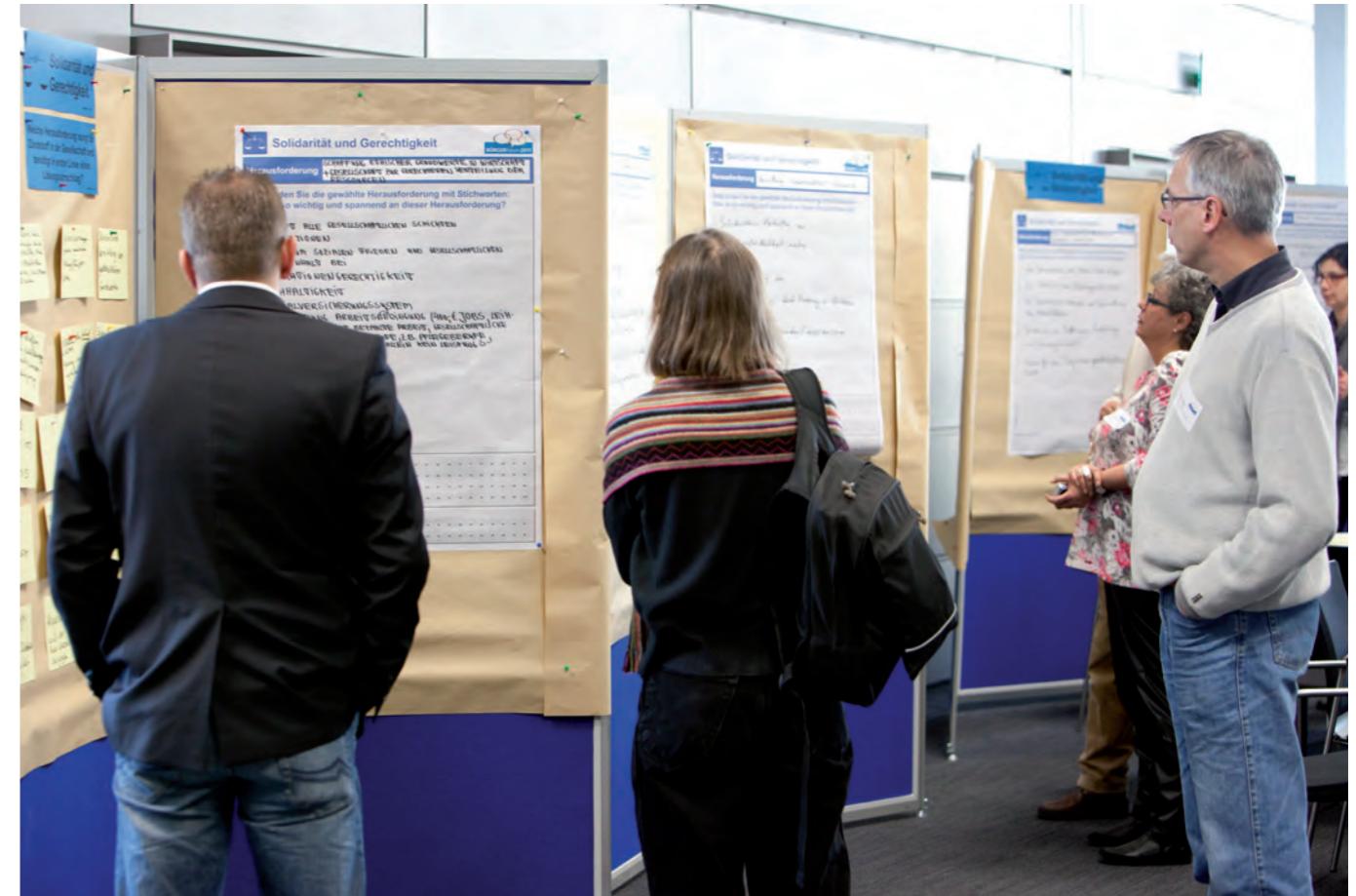
Vor und hinter den Kulissen haben viele Menschen tatkräftig an der Umsetzung des BürgerForums mitgewirkt: Andrea Anslinger und Robert Erasmy von der Stadt Mannheim haben mit ihrem Team die Veranstaltungen organisiert. Mit großem Engagement setzten sie das BürgerForum 2011 zusätzlich zu ihren sonstigen Tätigkeiten vor Ort um. Ohne ihren Einsatz wäre das BürgerForum Mannheim nicht möglich gewesen. Diana Emberger moderierte die Veranstaltungen. Ulrike Garrels, Hubert Kast, Herbert Schmidt und Thomas Willemse moderierten in ehrenamtlicher Tätigkeit die Online-Diskussion. Ihnen und allen zahlreichen Helfern, die hier nicht namentlich erwähnt sind, gilt besonderer Dank.



Solidarität und Gerechtigkeit

Um eine solidarische und gerechte Gesellschaft aufzubauen, bedarf es einer neuen Wirtschaftsethik. Die Vermeidung von Armut trotz Arbeit, das Erreichen von Steuergerechtigkeit sowie die Beteiligung von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben müssen so erzielt werden. Durch Förderung von Bildung und Ausbildung entsteht Chancengleichheit für alle Bürger. Die Definition und Vermittlung neuer gesellschaftlicher Werte schaffen Rahmenbedingungen als Grundlage von Solidarität und Gerechtigkeit. Ehrenamt und Familie werden gestärkt.

BürgerRedakteure Nayla Shazi, Horst Thibaut



VORSCHLAG – WIR BRAUCHEN:

ANGEPASSTE ARBEITSMARKTPOLITIK UND STEUERSYSTEME SOWIE EINE GRUNDSICHERUNG

Leiharbeit begrenzen, Arbeitsbefristungen begründen, prekäre Arbeitsverhältnisse abschaffen, Steuersystem ändern, Einkommen umverteilen, Grundeinkommen sichern und Banken in die Verantwortung nehmen (Transaktionssteuer) sind ein Muss. Jede Arbeit verdient gerechte Entlohnung. Vision: Grundsicherung für alle.

BEGRÜNDUNG

Die wichtigste Quelle der bestehenden Sozialversicherungssysteme ist nach wie vor ein nach den Grundsätzen von Gerechtigkeit und Solidarität geordneter Arbeitsmarkt. Die zunehmenden Bestrebungen neoliberaler Kräfte, diese bewährte Ordnung durch Deregulierung zu verändern, gefährden letztlich die Sozialstaatlichkeit unserer Demokratie. Deshalb sind Transparenz und Gerechtigkeit auf allen Ebenen wichtig. Hierzu zählt besonders neben der Arbeitsmarktpolitik eine notwendige Reformierung der Steuer- und Grundsicherungssysteme.

Spekulationen, riskante Bankgeschäfte und Lobbyismus müssen eingedämmt werden, um größeren Schaden zu begrenzen. Man muss an die Menschen am Rande der Gesellschaft denken und ihnen ihr Selbstwertgefühl zurückgeben (Integration Behindter und Arbeitsloser). Öffentliche bzw. kirchliche Arbeitgeber könnten bei der Einstellung neuer Beschäftigter und der Entlohnung mit gutem Beispiel vorangehen. Es muss wieder im

eigenen Land investiert werden. Ehrenämter sind zu stärken und zu fördern.

VORSCHLAG IM DETAIL

Niemand darf aufgrund seines sozialen, finanziellen, religiösen (Kopftuchstreit) oder körperlichen Hintergrundes benachteiligt werden. Der Einstellung Behindter muss, trotz Quote, nachgeholfen werden. Kirchliche Träger können einen großen Beitrag zur Toleranz leisten, indem sie Menschen mit anderer Konfession beschäftigen. Daneben muss ehrenamtliche Arbeit gestärkt und finanziell gefördert werden. Schon in den Familien und im Kindergarten müssen moralische Werte gestärkt werden. Medien spielen hier eine große Informationsrolle und sie müssen ihre Verantwortung in allem erkennen.

Im Mittelpunkt des gesamten Lebens steht der Mensch. Er ist die wichtigste Ressource und das größte Kapital! Ein Grundeinkommen zum Wohle des Gemeinwesens muss gewährleistet werden. Es muss ein familienfreundlicher Arbeitsmarkt geschafft werden, der es Frauen

mit Kindern erlaubt, uneingeschränkt in ihrem Beruf zu arbeiten. Gewährleistung von Kinderbetreuung ist dabei von erheblicher Bedeutung auch bei einer Neudefinition und einem Wertewandel von familiären Lebensformen! Schwarzarbeit muss unbedingt härter bestraft, die Abwanderung von Firmen und der Warenproduktion ins Ausland müssen verhindert werden. Schlupflöcher für große wie kleine Steuersünder müssen wegfallen!

Investitionen in deutsche Arbeitsplätze sind enorm wichtig. Menschen dürfen vor allem nicht in ungeschützte oder unterbezahlte Arbeitsverhältnisse vermittelt werden. Gerade Leiharbeit ist auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren und es bedarf eines angemessenen Mindestlohns für eine faire Entlohnung. Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, Steuergerechtigkeit und eine Umverteilung der Ressourcen sind unabdingbar! Manager in Haftung und Banken in die Verantwortung nehmen ist unerlässlich. Sie sind Rechenschaft schuldig! Investition in Bildung ist unumgänglich, denn darin liegt unsere

Zukunft! Mit Visionen wie der Grundsicherung ALLER wird Ungerechtigkeit beseitigt und gesellschaftliche Solidarität wird verwirklicht.

PRO UND CONTRA

Contra: Wirtschaftsunternehmen haben eigene Ziele und sind an Gewinnmaximierung mehr interessiert als an nachhaltiger Sicherung selbst des eigenen Unternehmens und des Wohlergehens der gesamten Bevölkerung, so dass die Menschen von einer Art Raubtierkapitalismus ausgebettet werden. Selbst Kirche, Politik und Medien können (wollen) sich den Einflüssen kaum mehr entziehen. Verbesserung der Bildung kostet sehr viel Geld und bringt zeitnah keinen „Return on Investment“, es ist eben eine langfristig in die Zukunft gerichtete Investition. Bildung ist immer noch Ländersache. Komplementäre Beziehung von Subsidiarität und Solidarität.

Pro: Der Mensch wird in den Mittelpunkt gerückt und bisher nicht genügend genutzte Ressourcen werden in das

Arbeitsleben eingegliedert. Verhinderung der Abwanderung schafft Arbeitsplätze. Mindestlohn sorgt für Gerechtigkeit und verhindert „Ausbeutung“. Bildung sichert die Realisierung unserer Zukunftsperspektiven. Familie, Moral, Ethik und Ehrenamtlichkeit werden gestärkt.

UMSETZUNG

Eigenverantwortliches Handeln jedes Einzelnen statt Schulduweisung, populistischer Parolen und Passivität. Mehr Volksentscheid! Keimzelle der Gesellschaft bleibt die Familie. Der Gesetzgeber muss aktiv werden und Rahmenbedingungen schaffen! Bei der Elite beginnen. RV für Kinder mit Kindergeldpflichtbeiträgen; Investition in Ausbildungsversicherung. Teilzahlung in private RV. Abschaffung PKV. Wegfall der Versicherungspflicht in der RV nach Einkommen oder Berufsstand. Besteuerung von Firmen nicht nur über Lohnsteuer. Abspecken der Zahl/Gehälter von Beamten und Politikern. Einsatz nach Qualifikation, Neutralität (Korruption, Beraterverträge

etc.). Keine Verschwendungen von Steuergeldern. Hedgefonds verbieten. Transfersteuer für Banken. Spekulanten in die finanzielle Pflicht nehmen. Keine Heuchelei/Volksverdummung. Schnelle Reaktion der Ämter, weniger Bürokratie, mehr Kompetenz. Kontrollen der Berufsförderungswerke. Kirche muss voll beschäftigen. Investition in Bildung. Kontrolle von Auslandskonten.

BürgerRedakteur Nayla Shazi

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Arbeitgeber müssen wieder in die Verantwortung genommen werden“, „Ethik-Forderung“, sowie „Grundlegende Schulung in Ethik und Grundwerten“.



Demokratie und Beteiligung

Wir brauchen frühzeitige Transparenz bei der Information der Bürger. Institutionelle Rahmenbedingungen für Beteiligung, wie z. B. Bürgerbegehren oder Volksentscheide, müssen geschaffen werden. Politische Bildung ist dafür Voraussetzung. Wir fordern die Unabhängigkeit der Mandatsträger von Lobbyisten und „faktischem“ Fraktionszwang.

BürgerRedakteure Monika Berg, Sarah Nick-Toma



VORSCHLAG

BÜRGEREINBINDUNG + UNABHÄNGIGKEIT + TRANSPARENZ = BESSERE POLITIK

Bürgereinbindung verbessert bei konsequenter Umsetzung die Transparenz der politischen Entscheidungswege und verringert den unangemessenen Einfluss mächtiger Interessengruppen auf Entscheidungen. Dies fördert die Unabhängigkeit der Politik und stärkt den Einfluss des Bürgers als Souverän.

BEGRÜNDUNG

Die tägliche politische Erfahrung zeigt, dass die Regierungen, Parlamente und Verwaltungen unserer repräsentativen Demokratie viele gesellschaftlich dringende Fragen nicht, nicht ausreichend, zu spät oder gegen eine Mehrheitsmeinung der Bevölkerung regeln. Unser demokratisches Modell muss deshalb um Elemente der direkten Demokratie ergänzt werden, die die Erfüllung der von den Bürgern als vordringlich empfundenen Ziele und Aufgaben nachhaltig ermöglichen. Dabei sind von Politik und Politikern Transparenz der Entscheidungswege und Feedback gegenüber den Bürgern gefordert. Um dies zu erreichen, müssen die Einflüsse mächtiger Interessengruppen auf die Politik wirksam eingeschränkt werden.

Der Politiker darf nur dem Gesetz/dem Allgemeinwohl – nicht aber Einzelinteressen – verpflichtet sein. Der hierzu erforderliche Wandel der politischen Arbeit und Ethik kann und muss durch aktive und kontrollierende Einwirkung des

politisch mündigen und verantwortungsbewussten Bürgers erreicht werden.

VORSCHLAG IM DETAIL

1. Bürgereinbindung – Bundesweit müssen institutionelle Rahmenbedingungen für eine stärkere Bürgerbeteiligung geschaffen werden: Bürgerbegehren/Bürgerentscheid mit nicht zu hoher Eintrittsschwelle · verpflichtende Beteiligung der Bürger bei konzeptionellen Fragen und bei Verteilung von Finanzmitteln (Bürgerhaushalt) von der Planung bis zur Umsetzung (Nachhaltigkeit auch über die Legislaturperiode hinaus), dabei seitens der Politik Pflicht zu Umsetzung und Feedback mit klaren und verbindlichen Konsequenzen · Bürgerforen zur Information, Meinungsbildung, Diskussion und Begleitung wesentlicher politischer Entscheidungen (möglichst gemeinde-, landes- und bundeseinheitlich; Internetplattform, Bürgerbüros als Anlaufstellen und Organisationsbasis, auch als Hilfe für internetferne Bürger) · Förderung des demokratischen Bewusstseins, der staats-

bürgerlichen Kompetenz und der politischen Bildung (in Schule, Studium, Erwachsenenbildung und täglichem Leben) · Förderung ehrenamtlichen politischen Engagements (z. B. durch Teilzeit, Freistellung, öffentliche Anerkennung) · umfassende Information der Bürger über konventionelle und elektronische Medien

2. Unabhängigkeit von Lobbys und Einzelinteressen stärken durch: Nebentätigkeitsregeln/-verbote für Abgeordnete zur Sicherung der inhaltlichen und zeitlichen Unabhängigkeit des Mandats (gilt auch für Aufsichts-/Beiratstätigkeiten in Firmen und Aktiengesellschaften) · Verbot von Parteispenden durch juristische Personen (Firmen, Verbände) · öffentliche Begleitung politischer Vorhaben durch unabhängige Fachleute

3. Transparenz: Ehrlichkeit in der politischen Diskussion, Nachvollziehbarkeit der politischen Entscheidungen und überzeugendes Fehlermanagement · Starkeres In-die-Pflicht-Nehmen des einzelnen Mandatsträgers, verbindliche Konsequenzen bei Nichteinhaltung der Rahmenbedingungen und der Vorgaben aus

der Bürgerbeteiligung (bei wirklich weitreichenden Verstößen auch mittels Misstrauensvotum vonseiten des Bürgers)

PRO UND CONTRA

Pro: Die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen, welche die Politik(er) in den letzten Jahrzehnten verloren haben, lassen sich nur wiederergewinnen durch unbestechliches, transparentes und gemeinwohlorientiertes Verhalten im politischen Alltag. Dazu muss unsere repräsentative Demokratie um direktdemokratische Elemente ergänzt werden. Diese ermöglichen dem Bürger angemessenes Mitwirken auch zwischen den Wahlterminen und sind geeignet, sein demokratisches Engagement – auch jenseits der Parteien – zu fördern.

Contra: Bürgerbeteiligung braucht ein (Bürger-)Umfeld, das Verantwortung ernst nimmt und umfassendes Engagement einbringt. Hier ist noch viel Aufbauarbeit beim politischen Bewusstsein/bei politischer Bildung zu leisten. Kritisch zu betrachten sind Populismus zur Durch-

setzung nicht sachdienlicher Politik und stimmungsabhängige Zufallsentscheidungen. Es ist einfacher, Nein-Sager zu mobilisieren, als konstruktive Konzepte zu entwickeln und voranzutreiben. „Ungesteuerte“ Mitsprache kann politische Abläufe verzögern.

UMSETZUNG

Eine massive Stärkung der Bürgereinbindung in unsere parlamentarische Demokratie erfordert erhebliches Umdenken. Hier muss der Staat die erforderliche Rechtsgrundlage schaffen. Dazu gehört ein intensiver Erörterungs- und Entscheidungsprozess über Art und Umfang der Einbindung, in den der Bürger einbezogen werden muss. Es gilt, einen Weg zu finden, der bei möglichst großer Bürgerbeteiligung einen reibungslosen Ablauf der parlamentarischen Arbeit auf allen Ebenen gewährleistet, wirksam ist und sich daher „rechnet“.

Der Prozess des Umdenkens kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Politik bereit ist, echte und weitgehende Kontrollen

ihrer Tätigkeit zuzulassen, und der Bürger sich in die (Bürger-)Pflicht genommen zeigt/zur Übernahme von Verantwortung motivieren lässt. Unterstützung durch Wirtschaft und Medien ist erforderlich, um einen breiten und tragfähigen Konsens zu finden.

Der Weg hierhin ist steinig und lang. Nur mit Beharrlichkeit und Veränderungswillen ist das Ziel erreichbar.

BürgerRedakteur Sarah Nick-Toma

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Mehr Demokratie wagen!“, „Fragen zulassen – Offenheit ertragen – Transparenz herstellen“, sowie „Mehr Demokratie leben!“.



Familiäre Lebensformen

Verbesserung der familiären Lebenschancen für alle:

Integrative Wohnformen für alle Lebenslagen und Alter sollen in den Stadtteilen geschaffen werden! · Der Familienbegriff muss im sozialen Umfeld neu definiert werden! · Durch verlässliche Kinderbetreuung und Ganztagesstätten werden Lebenschancen für alle eröffnet! · Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss möglich und abgesichert werden! · Die Wertstellung der Familie in der Gesellschaft muss erhöht werden! Alle familiären Lebensformen sollen gleichgestellt werden!

BürgerRedakteure Rainer Becker, Vera N.



VORSCHLAG

DIE WERTSTELLUNG DER FAMILIE IN DER GESELLSCHAFT ERHÖHEN

Die Wertstellung der Familie wird durch bewusstes, nachahmungswürdiges Engagement erhöht. Im Rahmen von Patenschaften wird Erziehungsarbeit grundsätzlich sinnvoll unterstützt. Dem entgegen steht die Vorstellung der Umsetzung. Wie könnte ein breiter Lösungsansatz aussehen?

BEGRÜNDUNG

Die Wertstellung der Familie ist nicht verloren! Sie muss nur neu in das Bewusstsein sowohl der Gesellschaft als auch in den Familien selbst aufgerufen und verinnerlicht werden. Die „Familie“ ist auch ein Zusammentreffen von Menschen und Schicksalen.

Die Gemeinschaft als Ganzes soll einander stützen und fördern, individuell z. B. mit Patenschaften über Nachbarschaftshilfen für junge Familien. Sie beantworten wichtige Erziehungsfragen direkt vor Ort. Auch Ernährungsfragen, Einkaufsverhalten etc. wirken sich auf die Familie aus.

Leistungen der Familie, vor allem in Kindererziehung und Pflege, sind durch den Staat nicht zu ersetzen! Staatliche Unterstützung kann erfolgen, indem notwendige Zeit oder praktische Hilfestellung den erziehenden Eltern zugesprochen wird. Eine Kombination von direkter und indirekter als auch mit sozialen Komponenten gespickter Förderung ist umgehend umzusetzen! Wicht-

tig ist, Initiativen zuzulassen und nicht nur Fragen über vorgegebene Modelle anzubieten!

VORSCHLAG IM DETAIL

Wie können wir die Wertstellung der Familie in der Gesellschaft erhöhen? Durch eine Überarbeitung der Steuersätze für Familien und Alleinerziehende sollen finanzielle Entlastungen geschaffen werden. Es gibt viele individuelle Gründe dafür. Wie kann man z. B. dem Trend des Geburtenrückgangs entgegenwirken? Eine Förderungsidee ist, den Mindestbeitrag für die Rentenkasse bei zuhause bleibenden Elternteilen zeitgemäß anzupassen.

Eine weitere Möglichkeit ist die Einführung einer speziellen Steuerklasse für Eltern, bei denen das Kind seinen Lebensmittelpunkt hat. Mögliche Anreize für Arbeitgeber hatten bisher nicht den gewünschten Effekt. Hier helfen Gesetzesvorgaben, die Kinderplanung anzuerkennen. Keine Anrechnung von Kindergeld auf staatliche Zuwendun-

gen! Vorteile für Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen klar erkennbar sein!

Die Erziehungsaufgabe gestaltet sich in der heutigen Zeit sehr umfangreich. Zur Entlastung der Eltern kann prinzipiell eine Person gezielt die Patenschaft für Kinder übernehmen. Ihnen zur Seite stehen, auch wirtschaftlich, und ihnen helfen, ihre eigenen kulturellen Interessen zu finden. Ihr Engagement wird mit steuerlichen Vergünstigungen belohnt. Förderungswürdig sind neue unabhängige Möglichkeiten, in denen die Familie im Vordergrund steht.

Dazu zählt die Einrichtung von Anlaufstellen, die als Grundvoraussetzung nicht eigene wirtschaftliche Interessen verfolgen. Ziel und Zweck ist vielmehr ein freier Raum, in dem humanes, unabhängiges, innovatives Entwickeln von Ideen, Regeln etc. gelebt und die Phantasie der Kinder gefördert wird. So entsteht neue Kultur, mit innovativen, aus sich selbst entwickelten Werten. Ein bedingungsloses Grundeinkommen gibt jedem Bürger die im Grundgesetz angestrebte Freiheit. Es ermöglicht, ein

Leben mit Kindererziehung, Arbeit und Hilfen für die Gemeinschaft zu gestalten, beruhend auf der zentralen Grundlage unserer Verfassung: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Freiheit hat nur der, dessen Existenzminimum gesichert ist.

PRO UND CONTRA

Contra: Die wirtschaftlichen Errungenschaften verhalten sich nicht zum Vorteil jeder Familie. Unterschiede in der Verfügbarkeit von Geld machen das Leben vieler Menschen zur Qual. „Die Stärke einer Kette misst man am schwächsten Glied“ sagt etwas über die Gesellschaft aus. „Verlierer“ der Gesellschaft weiter hinzunehmen ist inakzeptabel!

Pro: Gemeinsam entwickelte faire Ziele, nicht in Konkurrenz zueinander, stärken den Zusammenhalt der Gesellschaft und schließlich der Familie. Schaffung politischer Mitgestaltung lässt Demokratie effektiv werden und zwar durch schnellere Umsetzung auf

kürzeren Wegen! Innovation und Motivation sind die Entwicklung, die weiterführt. Glückliche Menschen sollte das Ziel sein.

UMSETZUNG

Umsetzung ist möglich: durch Überarbeitung der Steuersätze für Familien und Alleinerziehende. Den Beitrag für die Rente für zuhause bleibende Elternteile zeitgemäß anpassen. Kinderplanung durch entsprechende Gesetzgebung und Firmenpolitik erleichtern. Keine Anrechnung von Kindergeld auf staatliche Zuwendungen.

Vorteile für Arbeitgeber und Arbeitnehmer klar definieren, so dass sie entsprechend erkennbar sind. Mit familiengerechten Arbeitszeitmodellen den Kinderwunsch unterstützen. Durch steuerliche Vorteile den Weg freimachen für Patenschaften auf privater Ebene. Freien Raum schaffen. Das Einrichten von Erziehungsinseln mit humanen Regeln fördert Eltern und Kinder, eine neue Kultur zu schaffen. Dinge, die

sich frei entwickeln können, die innovativ und offen sind, unterliegen keiner Zensur oder Vorgabe. Sie finden ihren Weg in der Entstehung und erfinden sich immer wieder neu. Wir müssen lernen aufeinander zuzugehen und uns nicht weiter voneinander entfernen. Leben darf nicht wertlos gemacht werden.

BürgerRedakteur Vera N.

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Alle familiären Lebensformen sollen gleichgestellt werden“, „Mehrgenerationenhaus in allen Stadtteilen“, sowie „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.



Integration

In Deutschland leben Menschen aus verschiedenen Kulturen. Eines sollte Einheimische, Zugewanderte sowie Menschen mit Migrationshintergrund vereinen: eine gemeinsame Grundlage, an der sich das Handeln ausrichtet. Nach den Werten des Grundgesetzes friedlich in der Demokratie zu leben, ist unsere gemeinsame, große Herausforderung. Dazu zählen auch der Abbau von Vorurteilen untereinander und die Begegnung mit dem Anderen.

BürgerRedakteure Maria-Grazia Chiaro, Volker Licht



VORSCHLAG

AUS BETROFFENEN BETEILIGTE MACHEN

Um einen Grundstein für den Austausch von Deutschen und Migranten zu legen, bedarf es kultureller Mittler. Wie im Mannheimer Projekt „Migrantinnen lotsen Migrantinnen“ sollten geschulte Multiplikatoren Migranten auf Grundlage des Grundgesetzes in Bereichen wie Schule, Arbeit und Gesundheit beraten.

BEGRÜNDUNG

Voraussetzung für Chancengleichheit und eine gemeinsame Handlungsgrundlage ist eine gleiche Informationslage der Beteiligten. Viele Migranten sind in Deutschland schlechter gestellt als Deutsche, weil ihnen wesentliche Informationen über das Leben in Deutschland fehlen. So schneiden z. B. viele Migrantenkinder in der Schule schlecht ab, weil ihre Eltern keine Kenntnisse über das deutsche Schulsystem haben und ihre Kinder nicht entsprechend fördern. Die relative Isolation, in der Migranten häufig leben, kommt erschwerend hinzu.

Die Institutionalisierung kultureller Vermittler verschafft Migranten Zugang zu den relevanten Ressourcen und Netzwerken und bietet darüber hinaus die Plattform zur Begegnung zwischen Migranten und Einheimischen. Das Projekt „Migrantinnen lotsen Migrantinnen“ setzt seit 2008 erfolgreich auf ausgebildete Multiplikatorinnen aus verschiedenen Ländern, die ihren Landsleuten

durch gezielte Information Hilfestellung zur Integration in die deutsche Gesellschaft leisten.

VORSCHLAG IM DETAIL

Dem vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg geförderten Projekt liegt die Idee zugrunde, durch ausgebildete Multiplikatorinnen Teilnehmern in Integrationskursen (IKs) zu helfen, sich über den reinen Spracherwerb hinaus in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Als Multiplikatorinnen werden Migrantinnen mit guten Deutschkenntnissen und einer positiven Einstellung zu ihrem Leben in Deutschland zu Themen geschult, die die zentralen Lebensbereiche von Migranten abdecken. In projektinternen Seminaren erfolgt die Aufbereitung des Gelernten zu Unterrichtseinheiten sowie Moderations- und Präsentationsübungen. Anschließend werden die Informationen von den Multiplikatorinnen an die Teilnehmer in den IKs weitergegeben. Als ein besonderes

Angebot der Multiplikatorinnen wird für jedes Thema in den IKs eine Vertiefung in der Muttersprache angeboten. Bei der Zusammenstellung von Teams, die in den IKs unterrichten, werden stets Partnerinnen unterschiedlicher Herkunft berücksichtigt. Die Resonanz bei den IK-Teilnehmern darauf ist überaus positiv. Eine großzügiger geregelte Zugänglichkeit von Integrationskursen ist daher von allgemeinem Interesse. Es besteht eine Ebene, auf der sich viele Teilnehmer trauen, Fragen zu stellen, und sich bestimmten Themen eher öffnen.

Das Ziel ist die Etablierung des Multiplikatorinnenprinzips. Um gesellschaftliche Anerkennung für ihre Tätigkeit zu erlangen, werden die Multiplikatorinnen für die Moderation in den IKs und die eigenständige Durchführung von niederschwelligen Frauenkursen entlohnt. Perspektivisch ist der Einsatz von gut ausgebildeten Multiplikatorinnen in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern denkbar: im Rahmen von Wohlfahrtsverbänden, Sprachkursträgern,

Familienbildungsstätten, ausländischen Vereinen, Schulen und Kindergärten, Erziehungs- und Familienberatungsstellen sowie bei der Betreuung älterer Migrantinnen und Migranten.

PRO UND CONTRA

Contra: Qualität kostet Geld! Eine gute Ausbildung, gute Leute (Multiplikatoren), die verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen, und auch die Koordination und Organisation des Ganzen gibt es nicht zum Nulltarif. Hier muss deutlich mehr investiert werden.

Pro: Es gibt Gelder, diese stehen jedoch auch für Angebote bereit, die die Migranten leider nicht erreichen und deshalb ungenutzt bleiben. Wenn ein Teil der für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung stehenden Gelder gezielt in die Ausbildung und Entlohnung von Multiplikatoren aus verschiedenen Herkunftslanden investiert werden würde, könnte sich das auszahlen: Im Projekt „Migrantinnen lotsen Migrantinnen“ erreichten 15 ausgebildete Multiplikatorin-

nen in einem Zeitraum von zwei Jahren über 1000 Migrantinnen und Migranten in Integrationskursen.

UMSETZUNG

1. Integrierte Migranten auf breiter Ebene als Multiplikatoren ansprechen, z. B. mittels einer bundesweiten Kampagne, in der auch der Bekanntheitsgrad von Prominenten genutzt wird. Der Blick der Deutschen, aber auch der der Migranten muss wertschätzend auf die Ressourcen und die erbrachte Integrationsleistung der als Multiplikatoren in Frage kommenden Personen gelenkt werden.

2. Multiplikatorinnen sollten engagiert und in Multiplikatorenschulungen gut ausgebildet werden: Ausbildung in Zweitsprachvermittlung, Lerntheorie, Migrationssoziologie und zu aktuellen bildungs- bzw. gesellschaftspolitischen Diskursen. Die große Bereitschaft von Migranten, als Multiplikatoren zu fungieren, und ihr Potenzial, die eigenen Landleute zu erreichen, sollten genutzt werden.

3. Institutionalisierung mit kommunaler Anbindung: Es wird empfohlen, das Modell „Migrantinnen lotsen Migrantinnen“ im weiteren Verlauf bundesweit zu institutionalisieren und das Multiplikatorinnen-Programm wissenschaftlich zu begleiten.

BürgerRedakteur Maria-Grazia Chiaro

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Kulturelle Vermittler und Multiplikatoren nutzen!“, sowie „Unser Konsens – das Grundgesetz!“.



Bildung

Kostenlos: Das Bildungsangebot der Bundesrepublik muss unabhängig von der finanziellen Lage, der sozialen Herkunft, dem Alter und dem kulturellen Hintergrund gestaltet werden.
Einheitlich: Das gleiche Bildungssystem muss für die gesamte Bundesrepublik gelten. Lehrpläne sind so zu gestalten, dass Wechsel zwischen den Schularten leichter möglich sind.
Gerecht: Es muss allen Bürgern eine individuelle, größtmögliche Förderung gewährleistet und Recht und Pflicht auf Weiterbildung eingeräumt werden.

BürgerRedakteure Ruslan Fursa, Hans-Joachim Schilling

VORSCHLAG

QUALIFIZIERTE UND MOTIVIERTE LEHRER UND ERZIEHER

Gleiche Bildungschancen für alle in einem bundeseinheitlichen, qualitativ bestmöglichen Bildungssystem. Eine praxisnahe Aus- und Weiterbildung mit höheren Bildungsstandards für Lehrer und Erzieher sowie gute Ausbildungsstätten für alle Bürger, überall in Deutschland, müssen selbstverständlich sein.

BEGRÜNDUNG

Ein guter Bildungsstand eines Landes ist der Garant für Wohlstand und Menschlichkeit. Gleiche Bildungschancen für alle Bürger sind die Grundvoraussetzung für ein hohes Bildungsniveau. Dieses wiederum ist von grundsätzlicher Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Damit wird das Thema Bildung zur tragenden Säule unseres Landes. Bestens qualifizierte Lehrer und Erzieher sind dafür die Grundlage. Eine permanente Weiterbildung bringt Sicherheit und Motivation bei Lehrern und Erziehern.

Gute Bildung beginnt schon im Kindergarten; spielerisch kann hier schon auf die Sprachbildung eingegangen werden. Bei Kindern mit Migrationshintergrund muss eine qualifizierte Sprachförderung schon früher einsetzen. Der Übergang vom Kindergarten zur Grundschule muss fließend geschehen. Erzieher müssen erkennen, dass eine ihrer wesentlichen Aufgaben darin besteht, die Kinder auf die Grundschule vorzubereiten. Gut ausgestattete Schulen mit

kleinen Klassen schaffen die besten Rahmenbedingungen.

VORSCHLAG IM DETAIL

Ein gutes Bildungssystem braucht bestens ausgebildete Lehrer und Erzieher, braucht modern eingerichtete Schulen mit kleinen Klassen und damit mehr Aufmerksamkeit für den einzelnen Schüler und seine individuelle Förderung. Frühe Schulpraktika müssen das Lehramtsstudium begleiten. Der Lehrkörper muss durch Schulpsychologen unterstützt werden. Ausgefallene Schulstunden sind ein eklatantes Problem an allen Schulen. Daraus brauchen wir mehr Lehrer. Gute Bildung beginnt im Kindergarten. Während in den ersten Kindergartenjahren die Betreuung, die allgemeine Förderung und Beobachtung im Vordergrund stehen, muss spätestens im letzten Kindergartenjahr klar sein, ob und in welchen Bereichen ein Kind speziellen Förderbedarf hat. Gezielte Förderung muss unmittelbar einsetzen. Das Kind muss danach dem Schulbetrieb gewachsen sein. Zwischen

Kindergarten und Grundschule müssen Synergien gefördert werden. Für Kindergarten und Schule müssen genügend Ganztagsangebote geschaffen werden.

Regelmäßige Kontrollen von Lehrmethoden, sozialen und pädagogischen Fähigkeiten sollen durchgeführt werden. Das dient auch der Motivation zur Weiterbildung. Angemessene Maßnahmen bei nicht ausreichenden Fähigkeiten müssen folgen. Die verpflichtende Teilnahme an angebotenen, praxisnahen Weiterbildungsmaßnahmen muss zum Anforderungsprofil eines Lehrberufs gehören. (Beamtentum auf Zeit?) Bildungsangebote sind für alle, auch für Eltern und Erzieher, auszubauen und es gilt Anreize zu schaffen, damit sie wahrgenommen werden. Es reicht nicht, wenn sich einzelne Länder an diesen Vorgaben orientieren.

Wir brauchen ein für die gesamte Bundesrepublik geltendes Bildungssystem. Lerninhalte müssen im Mindestumfang verbindlich definiert werden. Dies erleichtert bei Bedarf auch die Vertretung. Zusätzlich vermittelte Extras an Schulen dürfen einen Schulwechsel in ein ande-

res Bundesland nicht behindern. Bildung und Weiterbildung muss sich jeder leisten können, daher dürfen wirtschaftliche und soziale Herkunft keine Rolle spielen.

PRO UND CONTRA

Pro: Weiterbildung und Austausch fördern und unterstützen jeden Einzelnen. Konstruktive Kritik mit der Chance auf Verbesserung der persönlichen Situation und daraus resultierende Konsequenzen wirken motivierend. In der freien Wirtschaft sind lebenslanges Lernen und die Bereitschaft zu Veränderungen längst angekommen. Durch die Aufhebung des Bildungsföderalismus kann sehr viel Geld eingespart werden. Ein bundeseinheitliches Bildungssystem erleichtert den Wohnortwechsel zwischen einzelnen Bundesländern. Bessere Rahmenbedingungen in den Schulen und zusätzliche pädagogische Fachkräfte würden entlastend wirken und die Fokussierung auf schulische Kernaufgaben stärken.

Contra: Weder die beamteten Lehrer noch die Kultusministerien der Länder

werden ihren Status freiwillig ändern. Die Vereinheitlichung des Bildungssystems wird mehrere Jahre dauern. Eine umfassende Umstrukturierung mit mehr Lehrern wird anfänglich zusätzliche Kosten verursachen. Lehrbewertungen könnten demotivierend wirken.

UMSETZUNG

Unser Schul- und Bildungssystem bedarf dringend einer Reform. Deshalb müssen die Vorschläge des Forums als eine klare Aufforderung zum Handeln angesehen werden. Die Wichtigkeit eines bundeseinheitlichen Bildungssystems muss in der öffentlichen Diskussion breiter angelegt werden. Gewerkschaften und politische Parteien müssen das Thema Bildung in ihren Programmen deutlicher präsentieren. Die Kultusminister sollen zu den Vorschlägen öffentlich Stellung beziehen. Somit wird der Wähler ausreichend informiert und kann mit seiner Stimmabgabe die Gewichtung unterstreichen. Nur dann wird die Dringlichkeit nötiger Veränderungen an den entsprechenden staatlichen

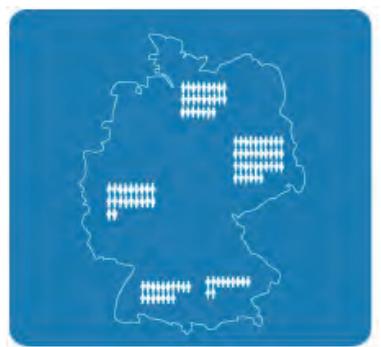
Stellen ankommen und kann nicht mehr ignoriert werden. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein einheitliches Bildungssystem können nur gemeinsam von den Kultusministerien der Länder an einem Tisch erarbeitet werden. Die Ergebnisse sind in einer Bundespressekonferenz zu veröffentlichen.

BürgerRedakteur
Hans-Joachim Schilling

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Frühe Kindergartenpflicht (ab 3 Jahre)“, „Kostenlose Bildungsangebote (für alle) von Anfang an!“, sowie „Lebenslanges individuelles Lernen kostenlos fördern!“.





Demografie

Klare Kommunikation der Konsequenzen der Überalterung – Die demografische Entwicklung erfordert eine langfristige Problemlösung. Dieses gesamtgesellschaftliche Problem ist in allen seinen Facetten aufzufächern. Der Interessenkonflikt ist gesellschaftsgruppen- und generationenübergreifend darzustellen. Der Schwerpunkt liegt auf einem fairen und sozialen Ausgleich. Ziel ist eine klare, soziale Grundlage für die Lebensplanung.

BürgerRedakteure Manfred Hetzel, Ralph Rischmüller



VORSCHLAG

KOMMUNIKATIONSEBENEN AUFBauen!

Generationenrat gebraucht! Der Generationenrat fungiert als unabhängiger Mittler zwischen Fachwelt und Alltag. Kernaufgabe ist, die vielfältigen Informationen aus den unterschiedlichen Quellen in eine allgemein verständliche Sprache umzusetzen, Lösungen aufzuzeigen und in die Gesellschaft einzubringen.

BEGRÜNDUNG

Der demografische Wandel wird seit vielen Jahren in den unterschiedlichsten Zusammenhängen als Schlagwort benutzt. Ob für Bauwesen, städtebauliche Entwicklung, Gesundheit, Altersvorsorge, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Zuwanderung oder Integration hinterlassen Statistiken und fachliche Erörterungen einen Datennebel, der den Begriff zusätzlich verschleiert.

Um Strategien für zielführendes Handeln zu entwickeln, fehlt ein unabhängiges Gremium, das die bestehenden Informationen auswertet, strukturiert verknüpft und auf fehlende Informationen aufmerksam macht. Defizite der bisherigen Kommunikation, teilweise beeinflusst durch Interessengruppen, sollen in einer interdisziplinären Diskussion aufgearbeitet werden.

Die Erkenntnisse müssen sowohl der Fachwelt als auch der Politik und der Gesellschaft vermittelt werden. Anstehende Entscheidungen sollten zuvor mit den Bürgern diskutiert werden.

Echte Transparenz für echte Bürger-nähe und tragfähige Entscheidungen.

VORSCHLAG IM DETAIL

1. Der Generationenrat sollte jeweils bei den demokratischen Organisationen, also Bürgermeister, Ministerpräsident, Bundeskanzler und Bundespräsident, angesiedelt sein.

2. Diese Gremien sind parteiunabhängig zu besetzen und haben im Vergleich zu den demokratischen Organisationen eine doppelte Berufsdauer.

3. Die Mittelausstattung sollte z. B. eine Promille des jeweiligen Haushaltes betragen und kürzbar sein. Über die Verwendung der Mittel entscheiden die Räte eigenverantwortlich.

4. Schwerpunkt ist die Kommunikation der Veränderungen durch die demografische Entwicklung sowie deren Aufarbeitung für den Einzelnen, die verschiedenen Bevölkerungs- und Altersgruppen. Darüber hinaus sollen ressort- und ämterübergreifende Handlungsempfehlungen für nachhaltige Ver-

änderungen erstellt werden. Beispiel: Bei gleicher oder sinkender Bevölkerung sind ehemalig genutzte Gelände zu revitalisieren und zu nutzen, anstelle der Erschließung von Neubaugebieten. Anschlüsse und Straßen sind schon vorhanden, ebenso die Nahverkehrs-anbindungen. Die Unterhaltskosten steigen nicht, da keine zusätzlichen Straßen gepflegt werden müssen.

5. Zielstellung wäre, dass gemeinsam mit uns Bürgern ein Update der Sozial-systeme realisiert wird. Die gemein-schaftliche und eigene Verantwortung ist auf eine neue Basis zu stellen.

6. Das Gremium soll ohne Lobby-gruppen besetzt werden. Nach einer qualifizierten Bestandsaufnahme der Daten/Fakten sind neutrale Handlungs-empfehlungen zu veröffentlichen. Diese können und dürfen sich nicht ausschließlich nur an Kosten/Nutzen ausrichten. Der Begriff der Arbeit ist zur Diskussion zu stellen. Er darf nicht ausschließlich auf die Erwerbsarbeit bezogen werden. Bedingt durch den demografischen Wandel kann die rela-

tiv kurze Phase der Berufstätigkeit nicht die Deutungshoheit über Preis/Wert beanspruchen, sie kann in Zukunft die gesellschaftlichen Aufgaben immer weniger bewältigen. Die Ergebnisse sind z. B. in einer Zeitschrift und/oder auf einer Internetplattform zu diskutieren.

PRO UND CONTRA

Pro: Veränderungen werden durch die Organisationen und den Einzelnen bewusst in ihren Auswirkungen verstanden, entsprechend wird gehandelt. Die sozialen Sicherungssysteme funktionieren nachhaltig für die nächsten Jahrzehnte ohne permanente Reparaturen.

Contra: Die etablierten Organisationen verlieren Macht und Einfluss und werden gegensteuern. Für soziale Härtefälle muss eine geeignete Organisation geschaffen werden. Eine zusätzliche Institution (die Geld kostet) bringt aber nicht zwangsläufig bessere Ergebnisse. Der Generationenrat

darf nicht als Deckmantel für politische Entscheidungen „Euer Generationenrat hat entschieden ...“ missbraucht werden.

UMSETZUNG

Durch eine gesetzliche Regelung mit einer entsprechenden Durchführungs-verordnung wird die unabhängige, mit eigenen Mitteln ausgestattete Organisierung Generationen-/Demografierat in unserem Gesellschaftssystem verankert. Diese Organisation wird zu schon parallel Bestehenden über Dekaden in die verschiedenen politischen Ebenen berufen, die Mandatsbefristung beträgt zwei Dekaden.

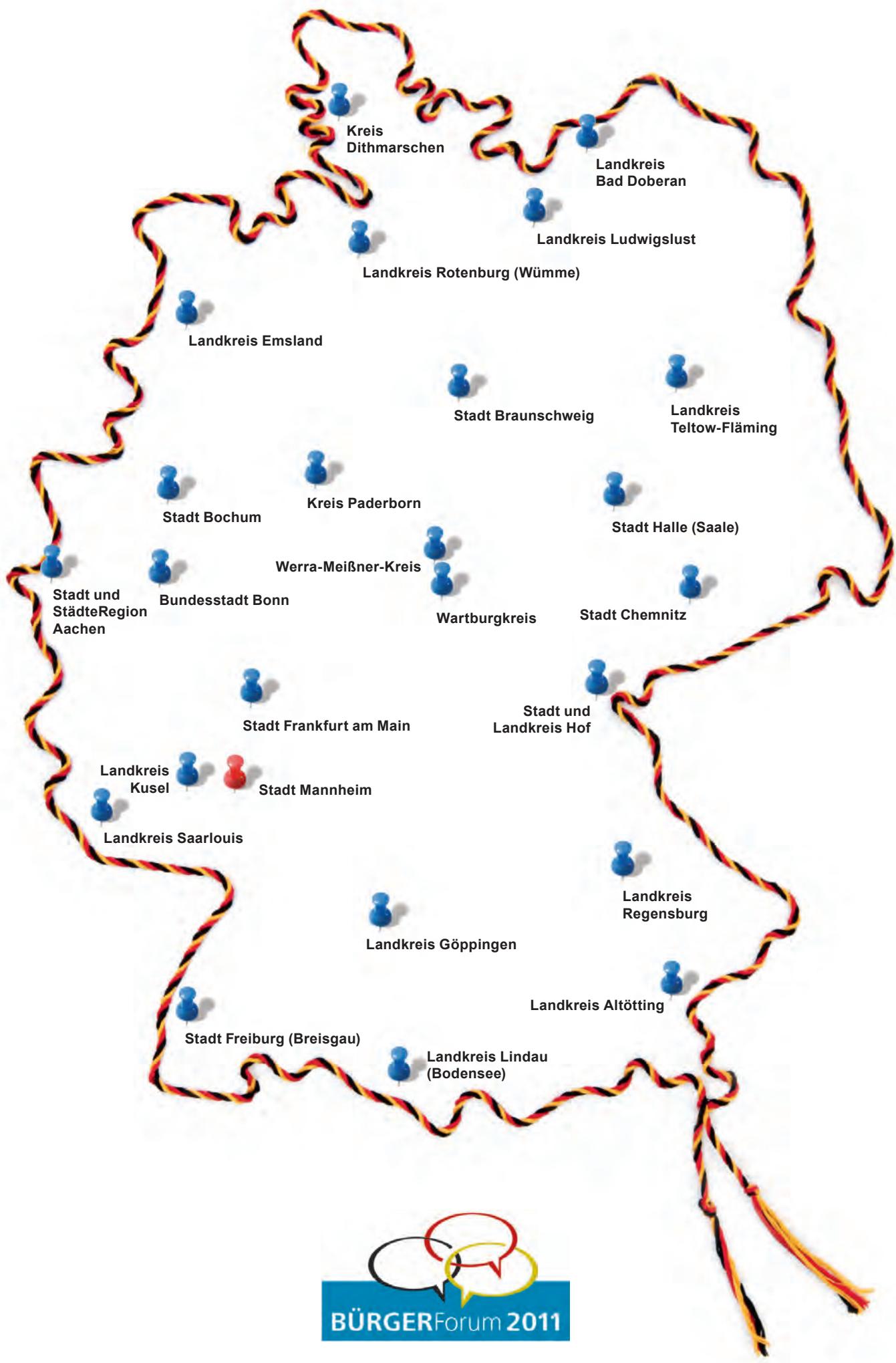
Die Mitglieder der Gremien werden durch ein öffentliches Anhörungsverfahren berufen. Das Gremium muss die Generationenzusammensetzung der Gesellschaft abbilden. Die Berufungskriterien richten sich nach persönlicher und fachlicher Eignung, z. B. erfahrene, informierte und ggf. ehrenamtlich tätige Bürger. Mandatsträger und Lobbyisten

sind nicht berufungsfähig. Sie müssen bei Wahrnehmung solcher Aufgaben/Tätigkeiten während der Berufsdauer ihr Mandat zurückgeben und werden entsprechend nachbesetzt.

BürgerRedakteur Ralph Rischmüller

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Aus ‚Blinden‘ Sehende‘ machen“, „Demografierat“, sowie „Herausarbeiten der Folgen für verschiedene Lebensbereiche“.



Eine Initiative des Bundespräsidenten mit:

| Bertelsmann Stiftung

= Heinz Nixdorf Stiftung